

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
15. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 01.03.2016 um 17:02 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:02

Ende:
20:40

Vorsitz

Bürgermeister Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Harald Giebels bis TOP 4.2
Stv. Udo Greeff
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Folke Schmelcher ab TOP 4.2
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Annegret Wahlers Vertretung für Stv. Peter Schniewind

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

VA Fabian Beyer

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StVR Gerhard Titzer
Frau Doris Abel
TA Ute Eden
Herr Christian Schild
StA Anja Herold
Frau Anja Püschel

Personalrat

Frau Susanne Seemann

Gäste

AM Anette Braun-Kohl
Stv. Vincent Endereß
AM Barbara Kamm
AM Wolfgang Schmitz

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:02 Uhr die 15. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Stv. Ruppert eröffnet mit der Bemerkung, die WLH-Fraktion habe massive Kritik an der Sitzordnung im HFA geübt. Er lade die WLH-Fraktion dazu ein, diese Kritik im Rahmen der Fraktionsvorsitzendenbesprechungen zu äußern.

Stv. Wetterau erkundigt sich nach dem Verbleib des Antrages der CDU-Fraktion zur Freigabe der Turnhalle Steinkulle (Anlage 1) auf der heutigen Tagesordnung.

Bgm. Dr. Warnecke teilt mit, dass die Sporthalle Steinkulle mit Datum 04. April 2016 vorübergehend und widerruflich für den Schul- und Vereinssport freigegeben werde. Da es sich um eine Reservefläche der Verwaltung zur Unterbringung von Flüchtlingen handele, bleibe der Bauzaun erhalten.

Daraufhin zieht die CDU-Fraktion ihren Antrag zurück.

Ferner schlägt **Bgm. Dr. Warnecke** vor, die TOP 4.1 und 4.2 gemeinsam zu beraten. Dies gäben die seitens der Verwaltung erstellten Tischvorlagen so her.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offener Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan**
Vorlage: 51/104/2016
-

Protokoll:

Stv. Sack erklärt, die interfraktionelle Runde habe in der vergangenen Woche einen Kompromiss erarbeitet, dessen finanzielle Auswirkungen von der Verwaltung berechnet worden seien (Anlage 3). Die Änderung betreffe die letzte Zeile der KiTa-Beitragsstaffel. Diese Zahlen lägen niedriger als der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung und höher als die des CDU-Antrages. Ferner habe man sich darauf verständigt, dass Beitragspflichtige in Haan für maximal zwei Kinder einen Beitrag entrichten müssten.

Bgm. Dr. Warnecke zeigt sich erfreut, dass die Fraktionen über diesen Weg zu einer Einigung gelangt seien, den die Verwaltung so mittragen könne.

Beschluss:

Der HFA empfiehlt dem Rat, die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offener Ganztagschule im Primarbereich der Stadt Haan mit Wirkung vom 01.08.2016 in der Fassung, die sich aus dem Bericht über die interfraktionelle Zusammenkunft ergibt (Anlage 2), zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**2./ Einrichtung einer Stabsstelle „Stadtmarketing, Bürgerdialog, Öffentlichkeitsarbeit“ mit einem Stellenanteil von 1,0 (EG 11)
Vorlage: 10/070/2016**

Protokoll:

Stv. Stracke möchte die jährlichen Kosten für eine zusätzliche halbe Stelle mit dieser Vergütungsgruppe beziffert haben.

StVR Titzer streicht heraus, dies hänge auch von der Entgeltstufe ab, in die der/die Mitarbeiter/Mitarbeiterin eingruppiert werde. Es könne mit ca. 30.000 bis 33.000 € gerechnet werden.

Stv. Stracke erklärt daraufhin für die SPD-Fraktion, dass man diese zusätzliche halbe Stelle schon deshalb nicht bewilligen werde, weil es einen Ratsbeschluss gebe, nach dem die Personalkosten nicht mehr ansteigen sollten. Dem fühle man sich verpflichtet.

Beschluss:

Der HFA empfiehlt dem Rat, der Aufnahme einer Vollzeitstelle für die Stabsstelle „Stadtmarketing, Bürgerdialog, Öffentlichkeitsarbeit“ im Stellenplan 2016 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja- und 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

3./ Perspektivische Entwicklung der Gebäude der Haaner Stadtverwaltung - hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2016

Protokoll:

Die Verwaltung hat dem Antrag der CDU-Fraktion entsprochen und zur heutigen Sitzung eine separate Vorlage, die unter TOP 3.1 behandelt wird, vorgelegt.

3.1. Handlungsalternativen für Verwaltungsgebäude der Haaner Stadtverwaltung / Vorlage: 65/018/2016

Protokoll:

Stv. Lukat erkundigt sich seitens der WLH-Fraktion, wie nun mit den jüngst angekündigten zusätzlichen Büro-Containern für das Gebäudemanagement verfahren werde.

TA Eden legt dar, es ergäben sich insoweit keine Änderungen zur aktuellen Beschlusslage.

Die Fraktionen von CDU, FDP und SPD äußern ihre Zustimmung.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Verwaltungsgebäude der Stadtverwaltung Haan mindestens 4 Handlungsalternativen in einer vergleichenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung auszuarbeiten und darzustellen.
2. Zur Deckung der benötigten Haushaltsmittel wird der Haushaltsansatz Planungskosten für den Neubau des kleinen Bürogebäudes an der Alleestraße, Produkt 011300 in Höhe von 220.000 € herangezogen.
3. Der Neubau des kleinen Bürogebäudes an der Alleestraße wird zunächst nicht weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4./ Beratung und Beschluss des Entwurfes der Haushaltssatzung 2016

4.1. Beratung des Haushaltes 2016, des Stellenplanes 2016 und des Haushaltssicherungskonzepts bis 2020 für den Bereich des Jugendamtes / Vorlage: 51/106/2016

Protokoll:

Dem Vorschlag der **Bgm. Dr. Warnecke** entsprechend, wird die Beratung der TOP 4.1 und 4.2 zu einem TOP verschmolzen. Die Beratungen werden unter TOP 4.2 protokolliert.

4.2. Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2016 / Vorlage: 20/022/2016

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke leitet mit Lob an die Kämmerei für die Erstellung zweier übersichtlicher Listen und einem ergänzenden Antragspaket ein.

Sodann erfolgt die Beratung der Gesamtänderungsliste der Verwaltung.

Stv. Lukat erkundigt sich nach den Kosten der Website für Flüchtlinge. Weiterhin möchte sie wissen, warum die Verwaltung nicht auf die kostenlosen Angebote der Landesregierung zurück gegriffen habe.

Herr Schild stellt klar, es handele sich um eine einmalige und keine wiederkehrende Hosting-Gebühr.

Stv. Elker fragt, warum weniger Personal bei den ambulanten Hilfen erforderlich sei.

1.Bgo. Formella berichtet im Detail über die auch unter Berücksichtigung der Ist-Personalsituation vorgenommenen Verschiebungen von Stellenanteilen.

Im weiteren Verlauf wird die Liste der Änderungsanträge beraten.

Zum Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines Organisationsentwicklungskonzeptes (Ifd. Nr. 1) erläutert **Stv. Stracke**, die erneute Antragstellung sei erfolgt, weil man bei dieser Thematik keine Fortschritte erkennen könne.

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, die Stellungnahme der Verwaltung erscheine ihr schlüssig. Es sei richtig, ein solches Konzept Schritt für Schritt zu erarbeiten. Daher werde die WLH-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Auch **Stv. Wetterau** ist der Ansicht, die Verwaltung habe in einem schlüssigen Verfahren dargelegt, wie die Probleme angegangen würden. Man sei in der CDU-

Fraktion der Auffassung, der Verwaltung müsse ausreichend Zeit eingeräumt werden, um dies umzusetzen. Zudem sei es das Problem großer Organisationsuntersuchungen, dass die Mitarbeiter oft nicht mitgenommen würden. Er bitte aber schon darum, regelmäßige Sachstandsberichte im UA OPC zu bekommen.

Stv. Ruppert streicht heraus, die Begriffe Aufgabenkritik und Prozessoptimierung seien auch im FDP-Antrag enthalten. In den letzten Jahren sei nie eine systematische Umsetzung durch die Verwaltung erfolgt. Es handele sich um eine permanente Aufgabe, welcher sich die Verwaltung widmen müsse und nicht eingekauft werden könne.

Stv. Lemke ergänzt für die CDU-Fraktion, die Verwaltung solle in ihrem skizzierten Vorgehen unterstützt werden, eine spätere externe Hilfestellung schließe man damit nicht aus.

Stv. Sack erklärt für die GAL-Fraktion, ein Beschluss wäre obsolet, wenn die Verwaltung klar signalisieren würde, dass die Entwicklung eines solchen Konzeptes systematisch betrieben werde. Es sei eine externe Moderation des UA OPC erforderlich, um zu einer anderen Arbeitsweise des UA zu kommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mit 5 Ja- und 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Zum Antrag der SPD-Fraktion ab dem Jahr 2017 einen Bürgerhaushalt aufzustellen (Ifd. Nr. 2) eröffnet **Bgm. Dr. Warnecke** mit dem Verweis auf die in der vergangenen Woche erstmals durchgeführte Bustour für Bürger, die ein Erfolg gewesen und jährlich zu wiederholen sei.

Stv. Ruppert hat ein eher geringes Interesse der Bevölkerung an einem Bürgerhaushalt ausgemacht. Hinzu komme, dass der NKF-Haushalt selbst von der Politik nicht gänzlich durchschaut werde. Eine konkrete Vorstellung zum Konstrukt Bürgerhaushalt erschließe sich ihm nicht.

Stv. Stracke verweist darauf, dass die Verwaltung seinerzeit mehrfach zugesagt hatte, sich um eine Einführung zu bemühen. Es gehe darum, die Bürger ehrlich mitzunehmen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Wenn andere Kommunen wieder auf dem Rückzug seien, gelte es, aus deren Erfahrungen zu lernen und andere Wege zu gehen.

Stv. Sack vertritt die Auffassung, wesentliche Haushaltsbewegungen müssten dem Bürger transparent aufbereitet werden. Insbesondere sei die Zielgruppe der jungen Menschen anzusprechen.

Stv. Lukat betont für die WLH-Fraktion, dem Antrag in modifizierter Art und Weise folgen zu können. Eine Einführung müsse Schritt für Schritt erfolgen. Ferner sei auch in Betracht zu ziehen, den Entwurf des Haushaltes auch dem Jugendparlament vorzulegen.

Stv. Drennhaus bittet **Stv. Lukat** ihre Anregungen schriftlich zu formulieren und auf eine Empfehlung zum Rat zu verzichten.

Stv. Abel sieht in der Bustour einen ersten guten Schritt in diese Richtung, dem weitere folgen müssten.

Auf eine Empfehlung zum Rat wird einvernehmlich verzichtet.

Zum Antrag des SKFM Haan (jeweils lfd. Nr. 3) auf eine zusätzliche Führungskraft OGS erklärt **Stv. Elker** für die SPD-Fraktion, dass man diesen Antrag nicht befürworten werde.

Stv. Sack hingegen sieht den Antrag als gerechtfertigt an, weil Koordinierungskräfte benötigt würden. Doch arbeite der Qualitätszirkel an einem Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der OGS, dieses gelte es abzuwarten.

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, dem Verwaltungsvorschlag auf Ablehnung des Antrages folgen zu wollen, da eine ganzheitliche Betrachtung aller Träger vonnöten sei.

Auch die CDU-Fraktion unterstützt den Verwaltungsvorschlag, allerdings dürften die Träger nicht im Regen stehen gelassen werden, da sie tolle Arbeit leisteten. Die Verwaltung sollte eine Ablehnung behutsam mit dem Träger kommunizieren.

Der Antrag des SKFM auf eine zusätzliche Führungskraft OGS wird mit 16 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

Den Antrag des SKFM Haan auf Defizitausgleich 2014/15 im OGS-Bereich sieht **Stv. Sack** als realistische und berechtigte Forderung an.

1.Bgo. Formella betont, in dem aufgerufenen Betrag seien nicht nur die Tarifierhöhung sondern auch die Overheadkosten enthalten. Die beantragte Summe könne so nicht akzeptiert werden. Der SKFM sei bereits mehrfach aufgefordert worden, die Zahlen zu konkretisieren. Sie schlage vor, heute keine Empfehlung an den Rat auszusprechen und bis dahin ein klärendes Gespräch mit dem SKFM zu suchen.

Dies wird allgemein begrüßt, **Stv. Sack** schlägt eine Einstellung des Betrags mit einem Sperrvermerk vor, falls sich die Problematik bis zum Rat nicht klären lasse.

Auf eine Empfehlung an den Rat wird einvernehmlich verzichtet.

Zum Antrag des SKFM Haan bzgl. einer auskömmlichen Finanzierung meint **Stv. Sack**, die Qualitätskriterien seien auszuformulieren. Das Land habe den Zuschuss an die Kommunen erhöht, den diese aber nicht an die Träger weitergegeben hätten.

Dieser Antrag wird nicht abgestimmt, sondern weiter im Qualitätszirkel beraten.

Verschiedene Fraktionen erklären dann, dem Antrag des SKFM Haan auf Bezuschussung einer zusätzlichen additiven Gruppe aufgrund der Nichtnachvollziehbarkeit nicht entsprechen zu wollen und dem Verwaltungsvorschlag zu folgen, der eine Bezuschussung in Höhe von maximal 20.000 € vorsieht.

Stv. Elker zieht seitens der SPD-Fraktion den Antrag auf Nutzung der Mittel der Sportpauschale (Ifd. Nr. 4) nach den Einlassungen der Verwaltung zurück.

Zum Antrag auf Gründung einer Stadt- und Projektentwicklungsgesellschaft (Ifd. Nr. 5) erklärt **Stv. Ruppert** für die FDP-Fraktion, der Stellungnahme der Verwaltung werde zugestimmt und damit der Antrag abgelehnt. Letztlich stünden Aufwand und Ertrag in keinem sinnvollen Verhältnis zueinander.

Stv. Lemke vertritt die Auffassung, hierzu fehle es an geeigneten Flächen und koste viel Geld.

Stv. Stracke erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Danach solle das Gebäude der ehemaligen Landesfinanzschule vom Land erworben werden, um dort sozialen Wohnungsbau zu realisieren und das Problem der fehlenden öffentlich geförderten Wohnungen anzugehen. Auch die Entwicklung des Technologieparks II solle vorangetrieben werden.

Bgm. Dr. Warnecke erwidert, der Kauf des genannten Grundstückes könne auch ohne Gründung einer Gesellschaft erfolgen.

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, man sehe hier den Benefit für Haan nicht, zumal die Ausgliederungen den Steuerzahler teuer zu stehen kämen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mit 5 Ja- und 13 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zum Antrag der SPD-Fraktion auf Fortentwicklung des Themas „Online-Handel“ (Ifd. Nr. 6) eröffnet **Bgm. Dr. Warnecke** mit dem Hinweis, einen Online-Handel im herkömmlichen Sinn werde die Verwaltung nicht umsetzen können, wohl aber eine Internet-Plattform analog der in Hilden.

Stv. Lukat regt einen Sperrvermerk an, um im WLSTA die Maßnahmen erst mal vorstellen zu lassen. Weiterhin thematisiert sie die Fortführung der City-App, die wenig aktuell sei.

Stv. Drennhaus betont, die SPD wolle die Einzelhändler auf einer Internet-Plattform zusammenführen.

Stv. Giebels führt aus, die CDU-Fraktion wolle keine Internetplattform, in der Online-Shops dargeboten würden. Diese solle dazu dienen, das Dienstleistungsspektrum der Haaner Einzelhändler einer größeren Haaner Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Händler müssten aktiv eingebunden werden und mitmachen. Dabei dürften auch die Menschen nicht vergessen werden, die die neuen Medien nicht nutzen.

Dem Antrag der SPD-Fraktion, zur Fortentwicklung des Themas „Online-Handel“ entsprechende Mittel in den Haushalt 2016 einzustellen, wird mit 17 Ja- und 1 Nein-Stimme entsprochen.

Die fraktionsübergreifenden Anträge hinsichtlich der Wiederaufnahme der Planungen für einen Rathausneu-/anbau haben sich mit der Behandlung der TOP 3 bzw. TOP 3.1 der heutigen Sitzung bereits erledigt.

Zum Antrag der SPD-Fraktion eine Digitalisierungsstrategie für die Verwaltung zu entwickeln (beide lfd. Nr. 7) erklärt **Bgm. Dr. Warnecke**, dass sie dieses Ansinnen grundsätzlich begrüße, da der Bürger in jeder Hinsicht bessergestellt werden müsse. Doch gelte es zunächst einmal die Grundlagen hierfür zu erarbeiten.

Stv. Stracke erläutert für die SPD-Fraktion, der Antrag sei auch als Einstieg in diese Thematik gedacht und diene letztendlich der Entlastung der Verwaltung, z.B. beim Publikumsverkehr.

Stv. Lemke regt an, die Verwaltung möge sich intern Gedanken über die Umsetzbarkeit machen und möchte einen Sperrvermerk für die beantragte Summe setzen.

Stv. Giebels ergänzt für die CDU-Fraktion, die Digitalisierung führe in zwei Richtungen: in die des Bürgers und in die der Verwaltung und nennt die elektronische Personalakte als Beispiel. Bei der Einführung sei ein konzeptionelles Vorgehen erforderlich.

StVR Titzer erinnert daran, dass im internen Bereich schon vieles digital ablaufe und nennt u.a. die Urlaubsanträge, Krankmeldungen, Gehaltsabrechnung und Terminvereinbarungen als Beispiele. Derzeit fehle es der Verwaltung hierzu an personellem know-how. Zudem werde sich die ständige Pflege der Online-Vordrucke aufgrund der Aktualisierungen als zusätzlicher Aufwand erweisen.

Stv. Stracke bittet um regelmäßige Berichterstattung in den Sitzungen des UA OPC.

Der Antrag der SPD-Fraktion „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Strategie zu entwickeln, die die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Stadtverwaltung aufzeigt. Für eine ggfls. notwendige externe Beratung wird ein Betrag von 10.000 € in den Haushalt eingestellt.“ wird mit einem Sperrvermerk versehen einstimmig beschlossen.

Zum Antrag der Musikschule Haan ab dem Jahr 2017 einen entsprechenden Zuschussbetrag zu gewähren (lfd. Nr. 8) eröffnet **1.Bgo. Formella** mit dem Hinweis, für das laufende Jahr sei die Finanzierung der Musikschule gesichert und auch für die Zukunft sei der Betrieb nicht gefährdet, da im Finanzplan eine Fortschreibung der Zuschüsse stattfinde.

Stv. Lemke verweist darauf, dass die Musikschule Planungssicherheit benötige.

Stv. Drennhaus betont, die Verwaltung müsse in die Verhandlungen mit dem Trägerverein einsteigen und dort klären, wie die Bezuschussung bis 2019 aussehen könne.

Stv. Stracke ergänzt seitens der SPD-Fraktion, die Eltern der Musikschüler dürften finanziell nicht überbeansprucht werden, da sonst eine sinkende Zahl an Musikschülern drohe. Die Musikschule sei mit 900 Schülern immerhin die größte Schule Haans.

Stv. Sack führt aus, die Musikschule müsse für die Zukunft gut aufgestellt werden und erinnert daran, dass die enge räumliche Zusammenarbeit zwischen Musikschule, OGS und Grundschule gewollt gewesen sei. Die Musikschule engagiere sich wesentlich in den Haaner KiTas.

Der Antrag der Musikschule wird mit 2 Ja- und 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zum Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines Integrationskonzeptes (Ifd. Nr. 9) erläutert **Stv. Stracke** die Flüchtlingsbetreuung in Haan erfolge derzeit noch ohne jegliches Konzept. Vordringlichste Probleme seien die Wohnungssuche und die Sprachförderung insbesondere der Kinder.

Bgm. Dr. Warnecke legt dar, die Verwaltung habe bereits Arbeitsgruppen eingerichtet und die Politik in den Fachausschüssen beteiligt. Es handele sich aus ihrer Sicht um eine Aufgabe, die Politik und Verwaltung gemeinsam lösen müssten.

Stv. Lukat sieht die beantragten 5.000 € als viel zu geringe Summe an, um wirklich Substanzielles erreichen zu können. Hinzu komme, dass es schon sehr viele Integrationsangebote landes- wie bundesweit gebe. An eine Haan-spezifische Lösung glaube man nicht.

Stv. Stracke erläutert, die 5.000 € seien als Merkposten gedacht gewesen, damit die Problematik noch im laufenden Jahr wirksam angegangen werden könne.

Auch **Stv. Sack** ist der Auffassung, dass 5.000 € als Merkposten viel zu geringe Wirkung entfalten könnten. Die bestehenden Fördertöpfe müssten noch viel intensiver abgegriffen werden. Eine externe Hilfe erachte er als nicht zielführend.

Stv. Drennhaus stellt klar, dass der Antrag nicht auf externe Hilfen abziele, sondern die Mittel als Sachaufwendungen vor Ort gebraucht würden.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mit 5 Ja- und 13 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zum Antrag der AWO auf Übernahme des Trägeranteils für das Projekt „Willkommen in Deutschland“ (Ifd. Nr. 10) erklärt **Stv. Stracke**, es handele sich trotz seiner Eigenschaft als Einzelmaßnahme um ein sinnvolles Projekt, das unterstützt werden sollte.

Bgm. Dr. Warnecke sieht die Gefahr von Doppelstrukturen, da bereits viele Helfer und Koordinatoren stadtweit im Einsatz seien.

Ebenfalls kritisch äußert sich **Stv. Ruppert** für die FDP-Fraktion, der moniert, dass nichts Genaues über die Stiftung und deren Bedingungen bekannt sei.

Stv. Lukat legt seitens der WLH-Fraktion dar, auch hier könne eine Vielfalt der Helfenden sicher gut tun.

Stv. Lemke teilt die Bedenken von Bgm. Warnecke, die Verwaltung habe schon aktuell Probleme, alle Helfer zu koordinieren. Man wolle aber die Thematik noch einmal mit in die Fraktion nehmen und meldet seitens der CDU-Fraktion Beratungsbedarf an.

Auf eine Empfehlung an den Rat wird verzichtet.

Die WLH-Fraktion zieht ihren Antrag zur Ermittlung der Kosten für die Integration von Flüchtlingen (Ifd. Nr. 11) zurück.

Zum Antrag der SPD-Fraktion auf Sanierung von Bürgersteigen (Ifd. Nr. 12) führt **Stv. Drennhaus** aus, im Stadtgebiet gebe es viele Bereiche mit nicht ausreichend befestigten Bürgersteigen. Das beantragte Geld solle die Handlungsfähigkeit der technischen Verwaltung stärken.

Dieser Argumentation schließt sich die CDU-Fraktion an, ein weiterer Arbeitskreis sei nicht vonnöten.

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird mit 17 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung entsprochen.

Der Antrag der Kath. Kirchengemeinde auf Bezuschussung zur Herrichtung des Außenengeländes und Auszahlung des hälftigen Landeszuschusses (Ifd. Nr. 13) wird mit der einhelligen Begründung einstimmig zurückgewiesen, dass er nicht ausreichend begründet worden sei.

Es besteht darüber hinaus Einvernehmen, den spät eingegangenen Antrag der FDP-Fraktion bzgl. der Gewerbesteuer-Politik im HSK erst in der Sitzung des Rates zu behandeln.

Beschluss:

Die Gesamtänderungsliste der Verwaltung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**4.3. Jährliche Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen im Finanzplan (kameraler Begriff: Übertragung von Haushaltsausgaberesten)
hier: Übertragung von Ermächtigungen aus 2015 nach 2016
Vorlage: 20/024/2016**

Beschluss:

Die Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen im Finanzplan von 2015 nach 2016 entsprechend der **Anlage** zu dieser Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4.4. Stellenplan 2016 **/ Vorlage: 10/066/2016**

Protokoll:

Stv. Wetterau merkt an, die aktuelle Gesamtstellenzahl fehle noch.

Bgm. Dr. Warnecke berichtet über Änderungen / Ergänzungen zum Stellenplan, die noch abzustimmen seien. So sei bei der Stelle „Rechtsangelegenheiten“ ein kw-Vermerk angebracht worden.

Dies findet ebenso eine Einstimmigkeit wie die Streichung des kw-Vermerkes und die Wiederbesetzung der Stelle 65/14.

Die Beförderung des Technischen Beigeordneten sei in die kommende Sitzung des Rates geschoben worden.

StVR Titzer bespricht die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan. Hier-nach werde um eine Überprüfung der im Gegensatz zu den anderen Hausmeisterstellen im Bereich Asyl untertarifierten Stelle gebeten. Eigentlich dürfe der Mitarbeiter trotz guter Leistungen nicht nach EG 6 tarifiert werden, weil er die beruflichen Voraussetzungen nicht erfülle. Die Verwaltung schlage daher die Zahlung einer Zulage als Kompromiss vor. Im Falle eines einstimmigen Ratsbeschlusses würde von der tariflichen Bestimmung aber abgesehen und der Mitarbeiter nach EG 6 eingruppiert werden können, wenn der Rat dies wünsche.

Es wird einstimmig beschlossen, diesen Mitarbeiter nach EG 6 einzugruppiieren.

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf und unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des HFA vom 01.03.2016 verabschiedet.

Den unter 2.9 aufgeführten personalwirtschaftlichen Maßnahmen wird zugestimmt.

Die Einrichtung von neuen Planstellen ist aufgrund des Ratsbeschlusses vom 12.05.2015 (TOP 9.2.2) weiterhin nur in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung des Rates zulässig.

Überstunden sind nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015).

Abstimmungsergebnis:

11 Ja- und 7 Nein-Stimmen

5./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Ruppert fragt, welchen finanziellen Anspruch und ab wann Eltern von nichtberücksichtigten U 3- Kindern gegenüber der Stadt geltend machen könnten.

Antwort der Verwaltung:

siehe Anlage 4

6./ Mitteilungen

Protokoll:

StVR Titzer teilt mit, dass sich die Verwaltung angesichts eines neuen im Internet grassierenden und als Mail-Anhang auftauchenden Computer-Virus dazu entschlossen habe, verschärfte Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Alle Mails mit Anhängen würden zunächst separiert und auf Schadsoftware untersucht. Bedingt dadurch gelangten Mails verspätet in den Empfangsbereich des jeweiligen Adressaten, was zu längeren Antwort- bzw. Bearbeitungszeiten führen könne. Eine standardisierte Eingangsbestätigung werde aber versandt. Hierfür bitte er um Verständnis.